

Pressemitteilung

von der Stuttgarter Basisgruppe #ZeroCovid

10. April 2021



ZERO
COVID ↘

Ca. 100 Interessierte nahmen heute an der Kundgebung für ZeroCovid auf dem Marienplatz in Stuttgart teil, und forderten 3 Wochen bezahlten Zusatzurlaub, um die 3. Welle zu brechen. Beim

Kundgebungsaufakt wird die **Situation** so beschrieben:

„Die dritte Welle rollt, die Intensivstationen nähern sich vielerorts wieder der Überlastungsgrenze. Die bisherige Pandemiepolitik ist gescheitert. Sie hat das Privatleben dauerhaft eingeschränkt, dennoch Millionen Infektionen und zehntausende Tote gebracht und gefährliche Mutationen auftreten lassen. Der „halbierte Lockdown“, der das Privatleben größtenteils verbietet und gleichzeitig das Wirtschaftsleben so weit wie möglich schont, ist in einer Sackgasse. Das bloße Ausharren auf den Impfstoff erweist sich nicht erst durch ansteckendere, gefährlichere und Immunitäten umgehende Mutanten als fatal. Für eine Perspektive aus der Pandemie heraus braucht es einen Wechsel hin zu einer langfristigen Strategie, die das Infektionsgeschehen drastisch reduziert, bis neue Ausbrüche durch lokale Maßnahmen unterdrückt werden können. Für die beste Erfolgsaussicht müssen als erster Schritt die Infektionszahlen so schnell wie möglich gesenkt werden. Eine mehrwöchige Arbeitspause in der Wirtschaft ist jetzt unausweichlich, um möglichst viele Menschenleben zu retten und gesundheitliche Spätfolgen zu vermeiden.

Und nicht nur aus epidemiologischen Gründen brauchen wir einen bezahlten Corona-Sonderurlaub: Die Menschen sind nach einem Jahr Pandemie und eingeschränktem Privatleben bei gleichzeitiger Überbelastung oder Unsicherheit in ihrem Beruf am Rande der Erschöpfung. Die Leute brauchen eine Pause! Eine bezahlte, dreiwöchige Arbeitspause. Wer in lebensnotwendigen Bereichen arbeitet, erhält stattdessen eine Sofortzahlung und Anspruch auf Ausgleichsurlaub später im Jahr. Das ist das Mindeste, was nun angebracht ist.“

Der Redebeitrag von Christa Hourani, die aktiv im Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften und in Gewerkschaftlichen Frauenausschüssen und beim Aktionsbündnis 8. März ist, geht auf die **Situation der Frauen in der Pandemie**, ihrem besonderen Interesse an einem baldigen Ende dieser Pandemie und einen notwendigen Strategiewechsel in der Corona-Politik hin zu einem solidarischen Lockdown ein.

„Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine Krise der Gesundheit. Das Virus bedroht nicht nur die Leben von Millionen von Menschen. Mit der Pandemie findet auch ein massiver Rollback in den Beziehungen der Geschlechter statt.“ Sie betont, dass Frauen überproportional unter der Pandemie leiden, da sie „stark in den Berufen vertreten sind, die in der Pandemie Krankenpflege und Sorgearbeit leisten. Das Maß, in dem Pflegekräfte seit über einem Jahr in Verantwortung genommen worden sind, kommt einer Enteignung ihrer Körper gleich. Dass wir aufgrund des Virus vermehrt zuhause bleiben müssen, schlägt sich massiv im Bereich der häuslichen und sexuellen/sexualisierten Gewalt nieder: einer repräsentativen Studie aus Juni zufolge wurden 3,6 Prozent aller Frauen in Deutschland während der Kontaktbeschränkungen der ersten Pandemienmonate von ihrem Ehemann oder Lebensgefährten vergewaltigt – mehr als 1,5 Millionen. Eine ungeheuerliche Zahl.“ Um die Pandemie einzudämmen, fordert sie eine solidarische Pause von einigen Wochen. Außerdem muss der „gesamte Gesundheits- und Pflegebereich sofort und nachhaltig ausgebaut, das Personal muss aufgestockt werden und die Löhne sind deutlich anzuheben. Das Profitstreben im Gesundheits- und Pflegebereich gefährdet die kollektive Gesundheit. Wir verlangen die Rücknahme bisheriger Privatisierungen und Schließungen, sowie den Ausstieg aus dem Fallpauschalensystem. Impfstoffe sollten der privaten Profiterzielung entzogen werden.“ Notwendige Maßnahmen müssen durch höhere Besteuerung von Gewinnen und Vermögen finanziert werden.

Ein **Beschäftigter bei Daimler in Untertürkheim** berichtet über die Situation im Betrieb. Im März habe die Inzidenz bei bis zu 250 gelegen, das war damals 2-3 mal so hoch wie sonst in der Region. Dies kommt aber nicht in die Öffentlichkeit. Davor scheut man sich, „die Heilige Kuh Wirtschaft“ anzutasten. Dabei profitierten viele Unternehmen von der Krise. So hat Daimler im Zuge der Kurzarbeit 700 Millionen Euro erhalten. Dass es Daimler gut geht, zeigt die Erhöhung der Dividenden für Aktionäre.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Situation in den Schulen. Es gab Berichte eines Schülers, eines Lehrers und einer Mutter.

Im **Bericht des Schülers** heißt es u.a.: „Die Benotung sollte ausgesetzt werden, damit niemand von dem Fernunterricht benachteiligt wird. Es wäre auch sinnvoll, wenn die jetzige Oberstufe kein Abitur

schreiben muss... Wir leiden unter ständigem Stress, weil die Lernbedingungen miserabel sind, aber die Lehrpläne nicht angepasst wurden. Und es heißt, dass all das nur zu unserem Besten ist! Dass es kein Abitur zweiter Klasse geben soll - und so weiter. Aber in Wirklichkeit geht es nur darum, dass wir weiter funktionieren müssen: für ein Schulsystem, das sich nicht an neue Bedingungen anpassen kann."

Der **Bericht des Lehrers** betont die Gefahren an den Schulen: "Die Fallzahlen nehmen unter Jugendlichen und Kindern stark zu, die Intensivstationen füllen sich mit immer jünger werdenden PatientInnen und die Langzeitfolgen auch für Kleinkinder sind noch lange nicht abzusehen... Die Frage der Kita- und Schulschließungen befindet sich in einem Spannungsfeld mit dem Interesse der Wirtschaft, welche weiterhin reibungslos funktionieren möchte. Die Kinder sollen tagsüber betreut sein, so dass die Eltern zur Arbeit gehen können, um die Gewinne der Wirtschaft zu erarbeiten. Die Forderung nach einem Wirtschaftslockdown gepaart mit der Forderung nach Lohnfortzahlung für die Beschäftigten in dieser Zeit ist somit eine Schlüsselforderung, um die Interessen der PädagogInnen in Schulen und Kitas sowie aller davon betroffenen Beschäftigten zu vereinen... Der Wirtschaftslockdown ist die Brücke zum Kindeswohl!... Wie aber schaffen wir diesen Wirtschaftslockdown? Hierfür benötigen wir unsere Gewerkschaften und Organisationen, in meinem Fall die GEW. Wir müssen von unseren Organisationen einfordern, nicht nur Forderungen auf Papier zu bringen, sondern auch für diese aktiv auf die Straße zu gehen, um ihren Forderungen Druck zu verleihen und notfalls mit Streikaktionen durchzusetzen. Hierfür arbeite ich in einer Basisinitiative innerhalb der GEW mit, die sich zum Ziel gesteckt hat, diese Diskussion innerhalb der GEW, aber auch darüber hinaus zu bestärken und kämpferische KollegInnen zusammenzubringen. Unser Ziel ist die Organisation eines bundesweit koordinierten Aktionstages für sichere Schulen und Kitas."

Der **Bericht einer Mutter mit 3 Kindern** geht auf das ständige Hin und Her zwischen Präsenz- und Fernunterricht ein. "Die Eltern müssen sprichwörtlich die Betreuung von einem auf den anderen Tag immer wieder neu organisieren... Das ist natürlich besonders schwierig, wenn man in einem der sogenannten systemrelevanten Berufe arbeitet z.B. im Einzelhandel an der Kasse. Da ist nämlich von der geforderten Flexibilität nichts zu spüren. Und die Kinder müssen nun mal betreut sein, auch wenn gerade mal wieder von Präsenz- auf Wechselunterricht, von Wochenwechselmodell auf tageweisen Wechsel oder gleich wieder auf Fernunterricht umgestellt wird... Nach den Osterferien wird das Chaos wahrscheinlich perfekt sein. Erstmal findet gar kein Präsenzunterricht statt. In der Woche danach soll auf einmal allen Schülerinnen und Schülern ein Angebot für Wechselunterricht gemacht werden – wenn es das Infektionsgeschehen zulässt. Das bedeutet, dass auch die Kinder und Jugendlichen in die Schulen zurückgeholt werden, die wochen- und monatelang zuhause lernen mussten. Ich frage mich wirklich, wie das funktionieren soll. Außerdem ist eine Testpflicht angedacht. Das bedeutet, dass viel mehr Schülerinnen und Schüler als bisher im Gebäude sind, und die dann auch noch getestet werden sollen. Vor den Ferien wurden erstmals Teams in die Schulen geholt, die professionell Tests durchführten. Diese Strategie wurde von den Schulen begrüßt. Nun wurde uns mitgeteilt, dass keine Tests von Externen durchgeführt werden können. Die Finanzierung ist nicht geklärt. Zunächst war gar nicht klar, wer denn nun wie testet. Mittlerweile ist vorgesehen, dass sich die Kinder selbst testen, auch die Grundschul Kinder. Dies soll von extra dafür geschulten Lehrkräften beaufsichtigt und angeleitet werden. Damit wurde wieder einmal die billigste und wahrscheinlich unsicherste Lösung für die Testungen realisiert. Kinder brauchen gute, sichere Schulen. Diese werden ihnen seit einem Jahr durchgehend verweigert."

Unsere Materialien:

Alle Materialien der bundesweiten Kampagne finden Sie hier:

<https://zero-covid.org/download/>

Diese Materialien stehen der Presse zur freien Verfügung.

Über die Initiative

Mitte Januar hat sich die bundesweite Initiative #ZeroCovid gegründet.

Mehr dazu in der Pressemitteilung der Initiative zur Gründung vom 14. Januar 2021:

<https://zero-covid.org/pressemitteilung-vom-14-01-2020/>

Den kompletten Aufruf von #ZeroCovid finden Sie hier:

<https://weact.campact.de/petitions/zerocovid-fur-einen-solidarischen-europaischen-shutdown>

Homepage der Initiative: <https://zero-covid.org>

Ende Februar hat sich in Stuttgart eine Basisgruppe der Initiative „ZeroCovid“ aus verschiedenen linken Organisationen und Einzelpersonen gebildet, die diese Kundgebung durchführt. Bereits am 10. März hat die Initiative eine Kundgebung auf dem Schlossplatz durchgeführt.

Pressekontakt Christa Hourani:

Mobil: 0176 10519713

Mail-Kontakt: christa.hourani@t-online.de